

durchbrechenden mächtigen Rundbogenöffnung treten. Wenn an dem Bau, was jeder gestehen muß, alles, selbst das Kleinste, originell genannt zu werden verdient, so gilt das in besonderer Maße von dem Ziegelbau. Anknüpfend an die Ziegelformen, wie sie uns die Griechen bei ihren Tempelbauten hinterlassen haben, hat der Erbauer gewagt, auch hier eine Deckung mit mächtig großen Thonplatten anzubringen zu versuchen; und der Versuch ist glänzend gelungen, so große Schwierigkeiten sich auch dem Brennen so großer in sich stehenden Platten entgegenstellten. Das Innere ist prächtig, dabei heiter und wohllich ausgefaltet. Durch das Vestibulum gelangt man in ein helles, von einer anmuthigen Arkadenarchitektur umgebenes Treppenhaus. Dasselbe wird von oben durch ein schönes, farbiges Oberlicht, über dem sich für den Fall abendlicher Beleuchtung die elektrischen Leuchtungskörper befinden, seitlich durch zwei Höfe erhellt. Neben den Treppen sind zum Theil Kaskaden angeordnet, deren Rauschen einen behaglichen Eindruck macht. In der Mittelachse, an das Treppenhaus sich anschließend, liegt der große Festsaal, dem sich rechts der Versammlungs- links der Speisesaal anschließt. Letztere Säle combinirt geben Gelegenheit zur Bewirthung von 350 Gästen. Ueber dem Vestibul und hinter dem Portikus des ersten Stockes befindet sich der hohe, mit Oberlicht-Kuppel überwölbte Audienzsaal, rechts davon liegen die Gemächer des Kaisers, links die der Kaiserin; beide in der Reihenfolge, daß je einem Vorzimmer zunächst ein Empfangszimmer folgt.

* In Schleswig-Holstein ist, wie dem „B. Z.“ von dort geschrieben wird, die Cartellherrlichkeit sichtlich im Verfall. Der Ausfall der neuesten Stadtverordnetenwahlen giebt davon ein unwiderlegliches Zeugniß. Wo sich die freisinnige Partei betheiligt hat, um lediglich ihre Stärke zu messen, wie in Schleswig, Londern, sind stattdessen Minderheiten erzielt worden. Den schönsten Sieg aber haben die Freisinnigen dieser Tage in Elmshorn errungen. Da anderswo die Cartellparteien nicht gezögert haben, die Beseitigung der bewährtesten Stadtverordneten lediglich wegen ihrer Zugehörigkeit zur freisinnigen Partei zu betreiben, so wurde seitens der freisinnigen Partei in Elmshorn mit aller Entschiedenheit in den Wahlkampf eingegriffen und den drei Cartellcandidaten die Freisinnigen Dr. Pistor, Gärtner Frahm und Rentier Behms gegenübergestellt. Bei sehr reger Wahlbetheiligung war der Erfolg ein hocherfreulicher, denn die freisinnigen Candidaten stiegen mit 317 bzw. 283 und 276 Stimmen, während die Gegner mit 220 bzw. 217 und 198 Stimmen in der Mindertheit blieben.

Breslau, 6. Debr. Zum Kaiser-Fackelzug der Arbeiter schreibt die „Bresl. Ztg.“:

„Sächl. Wochenbl.“ will erfahren haben, daß in vielen Breslauer Fabriken und Werkstätten den an dem Fackelzug bei Anwesenheit des Kaisers theilnehmenden Arbeitern 20 Pfennige Fackelgeld vom Lohn abgezogen worden seien. Wir geben diese uns ungläublich scheinende Nachricht wieder in der festen Hoffnung, daß dieselbe von den Betheiligten so bald wie möglich aufs allerentschiedenste als unzutreffend bezeichnet werden wird.

* Aus Schwern i. M. erhält die „Volksztg.“ die Nachricht, daß Bertha Nothar als Gutscherrin von Glefenow dem Großherzog geschworen hat: „Serrenissimo treu, hold und gewärtig“ zu sein, wogegen dieser sie mit „Ehrname, Liebe, Achtung“ anzureden hat. — So geschah im Jahre 1888!

Frankreich.

* [Pferdezahl.] Durch die Ausfuhr von Pferden erzielt Frankreich zur Zeit einen nicht unbedeutenden Gewinn, ein Erwerbszweig, der in den letzten Jahren stetig lebhafter sich entwickelt hat. Im Jahre 1887 hat sich, wie die „Ain. Ztg.“ mittheilt, der Erlös hierauf auf 31 Mill. Franken gestellt. Der Bericht, den der Director der französischen Geseßverwaltung über das Jahr 1887 an den Landwirtschaftsminister erstattet hat, giebt beachtenswerthe Angaben über den Antheil, welchen die einzelnen Länder an dem Bezug von Pferden aus Frankreich nehmen. Die höchste Stelle nimmt Belgien ein, welches 11 000 Pferde aus verschiedenen Provinzen Frankreichs bezogen hat, dann folgen Deutschland mit 6308, Italien mit 5000, Spanien mit 3600 und die Schweiz mit 3528 Pferden. Aber auch außereuropäische Länder sind beim Bezug von Pferden auf Frankreich angewiesen. Amerika kauft namentlich Zugsperde, und zwar normännische und Percherons. Noch kürzlich hat die Argentinische Republik mehr als 500 Pferde aus der Normandie kommen lassen. Bis vor einiger Zeit waren die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Brasilien und La Plata die einzigen Länder, welche den französischen Pferdemarkt besuchten. Wie in dem obengenannten Bericht ferner mitgetheilt wird, betrug im Jahre 1887 die Zahl der Zuchtpferde 2514; hiervon waren 447 englische, arabische oder englisch-arabische Vollblut. Es fanden sechs große Preisbewerben der Pferde in den einzelnen Provinzen und eine in Bouffarich (Algier) statt; Pferderennen wurden 545 auf 229 verschiedenen Rennbahnen, die meisten in der Umgegend von Paris gehalten. Eingeschrieben im Stud-Book (Stammbaum der Pferde) waren 2822 Vollblutstuten, 43 mehr als im Jahre vorher.

Spanien.

* [Zur Erziehung des Königs von Spanien] wurde Miß Davonport gewählt, eine geborene Irlanderin, die seit Jahren in Spanien wohnt. Dieselbe erhält ein Jahresgehalt von 17 000 Frcs. und nach Vollendung der Erziehung des Königs 12 000 Frcs. Ruhegehalt.

Bulgarien.

* [Reorganisation des bulgarischen Heeres.] Nach einem Erlaß des bulgarischen Kriegsministers soll das bulgarische Heer einer umfassenden Reorganisation unterzogen und behufs Erleichterung der Mobilmachung, aber auch um neue Stellen für unzufriedene Offiziere zu schaffen, schon zu Neujahr 1889 neu eingetheilt werden. An die Stelle der bisherigen 12 Infanterieregimenter mit je 4 Bataillonen sollen 24 Infanterieregimenter mit je 2 Bataillonen, an die Stelle von 3 Artillerieregimentern mit je 8 Batterien sollen 6 Artillerieregimenter mit je 4 Batterien, zu den bestehenden 3 Cavallerieregimentern ein neues treten und nur das Pionierregiment in seinem Stande verbleiben. Im Kriegsfall würde nach vollzogener Reorganisation das bulgarische Heer 24 Infanterieregimenter mit 120 000 Mann, 6 Artillerieregimenter mit 3000 Mann und 288 Kanonen, 4 Cavallerieregimenter mit 2000 Mann und 1 Pionierregiment mit 3000 Mann, alles in allem also 128 000 Mann aufstellen können, welche mit dem Verbängewehr Nr. 2 bewaffnet sind. Außerdem besteht die Nationalgarde mit

50 000 Mann, welche Krakagewehre tragen. Man hofft, daß Bulgarien nach Beschaffung der erforderlichen Gewehre 250 000 Mann ins Feld stellen können wird.

Rußland.

Warschau, 3. Debr. Unlängst sind hier zwei Studierende der hiesigen Universität und ein Cornet des Husaren-Regiments unter der Anschuldigung socialistischer Umtriebe verhaftet worden. Der Cornet wurde jedoch bald freigelassen, mit der Weisung, sofort seine Entlassung aus dem Militär einzureichen und Warschau zu verlassen. Die Untersuchung gegen die beiden Studierenden wird weitergeführt. — Im Lehrbezirk Warschau haben in diesem Jahre zahlreiche Lehrer-Entlassungen resp. Pensionierungen stattgefunden, durch die ganz besonders Lehrer polnischer Nationalität betroffen worden sind, an deren Stelle meistens russische Lehrer getreten sind. Die Anzahl der entlassenen resp. pensionirten Universitäts-Professoren, Gymnasial-, Seminar- und Volksschullehrer beträgt im ganzen 98, von denen 71 Polen, 27 Russen waren. Von den 71 Polen haben 14 die volle, 24 die halbe, 8 die viertel Emeritur erhalten, die übrigen sind entweder aus dem Etat gestrichen oder gänzlich entlassen worden. Von den 27 russischen Lehrern haben 4 die Emeritur erhalten, 5 sind nach Rußland in höhere Stellungen versetzt, die übrigen (meistens Volksschullehrer) wegen Pflichtverletzungen entlassen worden. In Stelle der 98 Entlassenen sind 83 Russen, 15 Polen getreten. Vergleicht man diese Zahlen mit den obigen, so erkennt man daraus, wie es bei diesen Entlassungen und Neu-Anstellungen hauptsächlich auf die Stärkung des polnischen Elements angekommen ist. (B. Z.)

Warschau, 5. Debr. Schon wieder kommt die Kunde von einem neuen Eisenbahnunglück. Auf der Linie Cbau-Komny entgleiste dieser Tage ein Güterzug, wobei ein Maschinenist sofort getödtet, ein Heizer und zwei Schaffner lebensgefährlich verwundet wurden. Elf Wagen sind vollständig zertrümmert. Es ist dies innerhalb vier Wochen das dritte größere Eisenbahnunglück auf der genannten Strecke.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Reichstag.

Berlin, 6. Debr. Bei der ersten Berathung des Altersgesetzes kam aus dem Reichstage nur der Abg. Grillenberger (Socialdem.) zum Wort, der in einer längeren Rede die Vorlage energisch bekämpfte. Vor ihm gab der Staatsminister v. Bötticher eine Begründung des Gesetzes. Auf Grillenberger antwortete der badische Bevollmächtigte zum Bundesrath v. Marschall, welcher die Angriffe des Vorredners juridicirte. Dann erfolgte die Vertagung des Reichstags bis morgen um 11 Uhr. Seitens der Conservativen wird der Abgeordnete v. Hellborn sprechen.

Minister v. Bötticher leitete mit einer halbstündigen Rede die Verhandlung ein. Die Fülle des Stoffes sei so groß, daß wesentliche Punkte der Specialberathung vorbehalten werden müßten. Für alle Kritik in der Presse und der Wissenschaft seien die Regierungen dankbar, weniger dankbar für diejenige Kritik, die eine politische Tendenz innewohne. Dieser Theil der Kritik sei auch zu schnell vorgegangen. Daß die Vorlage auf 13 1/2 Millionen Arbeiter ausgedehnt werde, liege im Interesse der Billigkeit und sei zweckmäßig. Wenn ein Reichszuschuß da wäre, sei es unbillig, nur einem Theil der Arbeiter die Vortheile zuwenden. Eine höhere Rente hätten die Regierungen auch gewünscht, aber da es sich um eine nicht unwesentliche Last handele, sei es gut, zuerst vorsichtig vorzugehen, sich vor Enttäuschungen zu schützen.

Eine gleichmäßige Rente von 120 Mk. sei im Interesse der Vereinfachung der Verwaltung vorgeschlagen, die Regierung habe aber den gedächerten Bedenken, daß dies unbillig sein würde, Rechnung getragen. Andererseits würden statt Ortsklassen Lohnklassen vorgeschlagen. Der Gedanke sei discutabel und die verbündeten Regierungen würden jeden Verbesserungsvorschlag gern discutiren; sie ständen und fielen nicht mit der jetzigen Vorlage in allen Theilen.

Richtig sei es, daß der Termin von 70 Jahren für die Altersrente hoch sei, aber immerhin seien 100 000 Arbeiter theilhaftig. Wenn man auf 65 Jahre herabgehe, würde ein Zuschlag von 13 Procent, wenn auf 60 Jahre, ein Zuschlag von 38 Procent zu der jetzigen Last entstehen. Die Rente sei kein Almosen, auch keine verbesserte Armenpflege. Der Reichskanzler sagte 1881: „Vor Hunger ist ein invalider Arbeiter geschützt, das genügt aber noch nicht.“

Die Gründe für den Reichszuschuß seien schon bei der Unfallversicherung angegeben. Das Umlageverfahren sei sehr bedenklich und biete keine ausreichende Sicherheit für die Auszahlung der Renten bei Krieg, Seuchen und wirtschaftlichen Krisen. Außerdem werde der jetzige Arbeiter bei dem Umlageverfahren zu sehr begünstigt gegen den späteren. Daß bei dem Deckungsverfahren die Kapitalansammlung von 2 1/2 Milliarden bedenklich sei, treffe nicht zu; allein in Sparkassen seien in dieser Weise 5 Milliarden angelegt, abgesehen von Kirchen und milden Stiftungen.

Preußen habe sich für Beibehaltung der Berufsgenossenschaften erklärt, jedoch den geltend gemachten Bedenken Rechnung getragen; daher sei der Bundesrath jetzt einstimmig für die gegenwärtige Organisation. Mit den Krankenkassen sei die Vorlage schwerlich durchführbar, sie bilden ein viel zu veränderliches Element. Auch der Gedanke einer Centralanstalt sei discutabel, habe aber Schwierigkeiten. Die Communalverbände hätten sich schon bewährt und gäben die verhältnißmäßig billigste Organisation. In den Angriffen auf die Quittungsbücher liege

doch viel politische Tendenz; man wolle damit kein Arbeitsbuch einführen. Gegen den Mißbrauch des Quittungsbüchens seien Vorsichtsmaßregeln und Strafbestimmungen getroffen. Die Regierungen wüßten nicht, wie anderweitige Vorschläge zu machen seien. Jeden Verbesserungsantrag würden sie gerne auf seine Durchführbarkeit prüfen.

Der Minister schließt mit den Worten: „Lassen Sie sich von dem Gedanken leiten, daß es ein in der Geschichte schon lange ersehntes aber nie erreichtes Werk sein wird. Wenn unser unvergeßlicher Selbstenkaiser, dem Deutschland diesen Gedanken in der November-Botschaft verdankt, lebte, würde ihm die größte Freude durch das Zustandekommen dieses Werkes bereitet werden. Sein edler Sohn Friedrich war von demselben Gedanken besetzt, das bezeugen seine Rundgebungen aus dem März. Der jetzige Kaiser ist gesonnen, das Werk seiner Vorfahren fortzuführen. Die Vorlage soll zur Stärkung des inneren Friedens, zur Förderung der inneren Ruhe dienen. Das Gesetz wird eins der schönsten Blätter in der deutschen Geschichte sein. Lassen Sie sich bei der Arbeit von der Devise leiten: Liebet die Brüder!“ (Beifall rechts.)

Abg. Grillenberger: Der Minister v. Bötticher habe auf goldene Worte des Reichskanzlers hingewiesen, der Arbeiter wünsche aber endlich auch goldene Thaten zu sehen. Nach Ablehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung könne man nicht verlangen, daß die Arbeiter den Gesetzgebern besonderes Vertrauen entgegen bringen. Der Entwurf sei nach dem Princip gearbeitet: „Wasche mir den Pelz, aber mache mich nicht naß“. Er behüte die bestehenden Klassen davor, daß sie zu tief in die Tasche greifen müßten, auch ein großes Quantum von Confusion sei darin vorhanden. Die Gesetzgeber hätten keine Ahnung von dem, was dem Arbeiter wirklich Noth thue; sonst hätte man nicht diese Gesetzgebung eine Socialreform, diese Vorlage die Krönung des Gebäudes genannt. In Wirklichkeit handele es sich nur um eine veränderte Armengesetzgebung. Das Gesetz stehe weit aus dem Krankenkassen- und Unfallgesetz nach, und es wäre seiner Partei am erwünschtesten, wenn es ohne Commissionsberathung von vornherein abgelehnt würde, und zwar, weil seine Freunde überzeugt seien, daß aus dieser Grundlage nichts Brauchbares hervorgehen könne.

Vor allen Dingen bedauere er an der Vorlage den völligen Mangel der Wittwen- und Waisenversorgung. Er seinerseits schlage folgende Organisation vor: „Die Spitze der Verwaltung wird das Reichsversicherungsamt; unter demselben arbeiten als „Filialen“ communale Verbände, welche sich in ihren Klassen gegenseitig übertragen, oder aber es werden als unterste Träger die bereits bestehenden Krankenkassen angenommen. Dann aber müssen die freien Hilfskassen ebenso theilhaftig werden, wie die Zwangskassen. Die Arbeitervertreter werden nicht von den Vorständen der Zwangsversicherung gewählt, sondern gehen aus freier Wahl hervor. Allerdings sei die freie Wahl der Arbeiter oben zur Zeit nicht beliebt.

Der Redner verlangt ferner einen größeren Zuschuß des Reichs, welches sich mit seinen indirecten Steuern vorzugsweise an die Arbeiter halte. Anstatt des bequemen Prämien-systems müsse das Umlageverfahren eingeführt werden. Mit dem Quittungsbuche verfolge man politische Zwecke, wolle man den Forderungen nach einem Arbeitsbuch genügen. Lieber werden die Arbeiter auf das ganze Gesetz verzichten, ehe sie ihre individuelle und politische Freiheit sich durch ein Arbeitsbuch nehmen lassen.

Eine gute Arbeiterschutzgesetzgebung und gute sociale Gesetze sind uns willkommen; es wäre ein Verbrechen, sie zu verhindern. Aber das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz bringen dem Arbeiter keinen Nutzen (Widerspruch), sie sind nur zu Gunsten der Arbeitgeber geschaffen; darum bekämpfen wir diese Gesetze. Wenn in dem gegenwärtigen die berechtigten Forderungen der Arbeiter berücksichtigt werden sollten, so werden wir dafür stimmen; aber Sie können nicht verlangen, daß die Arbeiter die Hand küffen, die sie unter dem Ausnahme-gesetz hält und ihnen statt Brod Steine bietet. (Beifall bei den Socialdemokraten. Zischen rechts.)

Paris, 6. Debr. In Folge eines heftigen Wortwechsels in der Kammer zwischen den Abgeordneten Sustinie (Boulangist) und Basin (Untransigent) ernannten dieselben Zeugen, um gegenseitig Erklärungen zu fordern.

Die Kammer setzte die Berathung des Budgets fort.

Berlin, 6. Debr. Den „Politischen Nachrichten“ zufolge befände sich ein Weißbuch über die ostafrikanische Angelegenheit in Vorbereitung, welches in den nächsten Tagen dem Reichstage zugehen werde.

Paris, 5. Debr. Die Deputirtenkammer genehmigte die für die Pflege der schönen Künste geforderten Budgetposten und nahm die fünf ersten Artikel des Budgets für die Culte an, nachdem die auf eine Reduktion der Zahl der Bischümer gerichteten Anträge abgelehnt waren. Der Justizminister erklärte, die Regierung bekenne sich zu der Trennung von Staat und Kirche; so lange aber das Concordat bestehe,

müsse man es ausführen. Fortsetzung der Berathung morgen.

Paris, 6. Debr. (M. Z.) Die Kammer genehmigte das Cultusbudget. Boulanger nahm die Wahl für das Departement Nord an, in Folge dessen müssen für das Departement Somme Charente Inferieure Neuwahlen vorgenommen werden. Ganot wurde für den verstorbenen Rampont als Quästor des Senats gewählt.

London, 5. Debr. Das Unterhaus genehmigte das Ausgabenbudget in Betreff Irlands.

London, 6. Debr. Das Oberhaus erledigte in einer Einzelberathung die irische Pachtgutsankaufsbill und nahm dieselbe mit unbedeutenden Abänderungen an. Die dritte Lesung war beabteiligt.

Christiania, 6. Debr. Die Wahlen zum Storting sind abgeschlossen. Gewählt wurden 51 Conservative, 37 Liberale, 22 Ministerielle und 4 Unbestimmte.

Danzig, 7. Dezember.

* [Provinzial-Landtag.] Wie schon erwähnt, hat der westpreussische Provinzial-Ausschuß in seiner gestrigen und vorgestrigen Sitzung sich für den Feststellung einer Reihe von Vorlagen für den demnächst zu seiner 12. Session zu berufenden westpreussischen Provinzial-Landtag beschließt und es soll in etwa Monatsfrist hierzu wieder eine Sitzung des Provinzial-Ausschusses stattfinden. Als Zeit für den Zusammentritt des Provinzial-Landtages ist vorläufig der Monat Februar in Aussicht genommen. Bis dahin muß auch die Neubesehung der durch den Abgang des Herrn Fuß erledigten Stelle des Landesraths offen bleiben, da hierüber erst eine Vorlage an den Provinzial-Landtag zu machen ist.

* [Contingent für Brauntweinerzeugung in den drei Campagnen 1887/88, 1888/89 und 1889/90.] In der heutigen Nummer der „Westpreussischen Landw. Mitth.“ giebt Herr G. R. folgende Anregung: „Es ist als bekannt vorauszusetzen, wie das neue Steuergesetz vorschreibt, daß die drei Campagnen 1887—1890 den Maßstab für die Feststellung des Contingents in Zukunft zu bilden haben. Die Provinz Westpreußen hat in diesem Jahre leider nur eine halbe Kartoffelernte im Durchschnitt zu verzeichnen. Es werden daher viele Brennereien gar nicht brennen und nur wenige ihr Contingent abbrennen können. Ein Ankauf von Kartoffeln, um letzteres zu ermöglichen, erhelst bei den jetzt bezahlten Kartoffelpreisen von vielen kaum erschwingliche Opfer. Es ist sonach keine Zeit zu verlieren, um Gewißheit zu erlangen, daß ein solch abnormes Jahr bei dem künftig festzustellenden Maßstabe außer Betracht bleiben möchte. Zu letzterem ist nur zu gelangen, wenn sämtliche landwirtschaftlichen Vereine der Provinz Westpreußen durch den Centralverein in Danzig das Gesuch an den Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten richten — bei Feststellung des künftigen Contingents das Jahr 1888/89 außer Betracht zu lassen — bzw. dies an betreffender Stelle zu erwirken.“

* [Neues Bild von Danzig.] Wenige Städte gewähren ein so reichpolles materielles Bild, als ein Ueberblick über unser Danzig von einer der im Westen an die Stadt herantretenden Höhen aus. Von altersher wurde hierzu der Bischofsberg bevorzugt, weil dort der in hochragenden Baumreihen sich ausprägende architektonische Typus sowohl in Einzelbildern wie in der Gesamtschau am klarsten dem Auge sich darbietet, ohne den Gesichtskreis darauf zu beschränken. „Danzig vom Bischofsberge aus gesehen“ gehört daher schon seit langer Zeit zu den verbreitetsten bildlichen Aufnahmen; aber die Darstellungen aus früherer Zeit passen nicht mehr auf das heutige Danzig, dessen bedeutender Schatz neuer architektonischer Errungenschaften, dessen neuere stolze Monumentalbauten auch den Ueberblick von ferne und aus höheren Regionen wesentlich verändert, scheinlich reicher und harmonischer gestaltet haben. Man kann daher der hiesigen Buchhandlung des Herrn A. Scheineri (C. Saunier) nur dankbar sein, daß sie dem Mangel eines Gesamtbildes des heutigen Danzig durch ein soeben in ihrem Verlage erscheinendes Tableau, welches nach dem Muster der veralteten Vorgänger aus früheren Jahrzehnten vom Bischofsberge ausgenommen, abgeholfen hat. Der Entwurf ist von Herrn Alfred Zeuner in sorgfältigster Bearbeitung der architektonischen Details wie in geschickter, klarer und wirksamer Gruppierung gefertigt, und auch die lithographische Bervollständigung durch das schon oft mit kunsttopographischen Leistungen hervorgetretene Atelier von Gebr. Zeuner gereicht demselben zu neuer Ehre. Scher wird dieses modernste „Danzig vom Bischofsberge aus gesehen“, oder „Danzig am Bischofsberge“, wie ein öfter vorkommender geographisch-artistischer Scherz meint, viele Freunde finden.

* [Von der Weichsel.] Aus Jambichoff wird von gestern Nachmittags 5 Uhr telegraphisch: Wasserstand gestern Abend 2,0 Meter, heute Nachmittags 1,82 Meter; fällt weiter.

* [Rautisches.] In dem über den Zusammenstoß des Blankenseer Dreimastkanoos „Nikolai“ mit dem Geseemünder Loosenskanoo „Norbsee“ abgegebenen Sprüche vom 3. Juni v. J. hatte das Geseam in Hamburg die Schuld an diesem Geseefall dem Geseemünder Loosens zur Last gelegt, wobei es von der Annahme ausging, daß ein Loosensfahrzeug den übrigen Schiffen bei Tag und Nacht freie Bahn zu lassen, also aus dem Wege zu gehen habe. Die hiergegen von dem Regierungspräsidenten zu Gdab geltend gemachten, auch vom Handelsminister und von verschiedenen anderen Seiten getheilten Bedenken haben dem Minister Veranlassung gegeben, die Angelegenheit beim Reichskanzler zur Sprache zu bringen, von welchem über die Frage: ob im Geseeverkehr Loosensfahrzeuge anderen Schiffen stets auszuweichen haben, eine gutachtliche Aeuerung des Ober-Geseamts erfordern worden ist. Das letztere hat sich dahin ausgesprochen, daß die Frage zu verneinen sei, daß vielmehr das zwischen Loosensfahrzeugen und anderen Geseeschiffen hinsichtlich des Ausweichens zu beobachtende Verhalten lediglich nach den in den Artikeln 14—23 der kaiserlichen Verordnung vom 7. Januar 1880 enthaltenen „Vorschriften über das Ausweichen der Schiffe“ sich regelt. Mit diesem Ergebnis des Gutachtens sowohl als auch mit den Erwägungen, welche das Ober-Geseamt zu diesem Ergebnis geführt haben, haben der Reichskanzler und der Handelsminister sich nur einverstanden erklären können. Da sonach die Schuld an dem erwähnten Geseefall nicht dem Loosens als Führer des „Norbsee“, sondern dem Führer des „Nikolai“ beizumessen ist, weil letzterer, als das vor dem Winde segelnde Schiff, dem ersteren aus dem Wege gehen

